

Mai 2006 – wird in dreißig Jahren lediglich noch über eine Freiwilligen- bzw. Berufsarmee seine Verteidigungsfähigkeit sichern können. Derzeit verfügt die russische Armee lediglich über 1,1 Millionen Mann; während 1994 noch 3,4 Millionen Menschen unter Waffen standen. Außerdem nimmt die Gefahr ethnischer Spannungen innerhalb der Truppe zu, da der Anteil der nichtrussischen jungen Männer prozentual zunehmen und 2025 die Mehrheit der Rekruten der russischen Armee ausmachen wird. Einsätze in den nichtrussischen Peripherien und ethnischen Spannungsbereichen Russlands dürften dann deutlich schwieriger sein. Im russischen Generalstab wird darüber hinaus befürchtet, dass die Verteidigungshaushalte vor allem in den Jahren reduziert werden könnten, wenn der Arbeitskräftemangel Russlands auf die Wirtschaftslage durchzuschlagen beginnt und Russland aus schwindenden Rohstoffexporten geringere Einnahmen erzielen wird.

Nach der auf Ankündigungen beschränkten Politik der ersten Amtszeit Pu-

tins hat der Präsident seit 2005 deutlich mehr administrative und materielle Ressourcen für die demografische Sicherheit bereitgestellt. Der russische Präsident sah sich angesichts neuer alarmierender Trends einer weiter sinkenden Lebenserwartung, geringen Fertilitätsraten und den sich abzeichnenden Konsequenzen für Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit gezwungen, Demografie zu einem Thema »nationaler Sicherheit« zu machen. Für die so genannten »Nationalen Projekte« in den Bereichen »Gesundheit«, »Bezahlbarer Wohnraum«, »Bildung« und »Landwirtschaft« sollten 2007 bis 2009 jährlich 3,5 % der Haushaltsausgaben aufgewendet werden; 2008, im Jahr der Präsidentschaftswahl, sollen die Ausgaben bei 3,8 % des BIP liegen.

Noch ist offen, ob die Initiativen auch unter Russlands neuem Präsidenten Medwedew finanziert werden und in eine nachhaltige Sozial-, Gesundheits-, Wohnraum- und Strukturpolitik münden können. Die demografische Krise wird in jedem Fall ein Zukunftsthema der russischen Politik sein.

Winfried Schneider-Deters

EU oder NATO – Prioritätenwechsel der Ukraine?

Im Verhältnis zwischen der EU und der Russischen Föderation spielt die zwischen diesen beiden Teilen Europas liegende Ukraine eine Schlüsselrolle: Sowohl für Brüssel als auch für Moskau sind die äußere Ausrichtung und die innere Verfassung dieses »Niemandlandes« in »Zwischen-Europa«, in welchem sich die »Europäische Nachbarschaft« und das russische »Nahe Ausland« überlappen, von strategischem Interesse.

Winfried Schneider-Deters

(* 1938) ist Wirtschaftswissenschaftler und hat u.a. nach diversen Tätigkeiten in Lateinamerika und Süd-Korea zwischen 1996 und 2000 das »Kooperationsbüro Ukraine« der FES mit Sitz in Kiew aufgebaut und geleitet.

wschneiderdeters@googlemail.com



In ihrer Zwischenlage wird sich die Ukraine auf Dauer nicht autonom behaupten können: »Dieses Vakuum wird sich wahrscheinlich innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre auflösen«, wie Egon Bahr in seinem Geleitwort zu dem im Januar 2008 erschienen Buch *Die offene Flanke der Europäischen Union* schreibt.

D. h., die Ukraine wird dann entweder in die Europäische Union integriert sein, oder aber mit Russland – wenn nicht nominell, so doch de facto – »reuniert« sein.

Die Ukraine selbst verfolgt seit 1998 offiziell einen »euro-integrationistischen« Kurs – abgesehen von dem durch die Orangene Revolution unterbrochenen Flirt des scheidenden Präsidenten Kutschma mit Präsident Putins eurasischem Integrationsprojekt eines »Einheitlichen Wirtschaftsraumes«. Mit dem EWR beabsichtigte Moskau, der Ukraine den Weg in die Europäische Union abzuschneiden und sie in eine »Reunion« mit Russland zu drängen.

Doch die Einflussnahme auf die Ukraine von Seiten der beiden Gravitationspole bedeutet nicht, dass zwischen Brüssel und Moskau eine Integrationskonkurrenz um die Ukraine besteht. Denn im Gegensatz zum Kreml, der aktiv die »wirtschaftliche Wiedervereinigung« der Ukraine mit Russland betreibt, verfolgt Brüssel seit dem Erweiterungsgipfel von Kopenhagen im Jahre 1993 eine exkludierende Ukraine-Politik. Die EU war bislang – und ist immer noch – »nur« an einem stabilen Nachbarn an seiner Ostgrenze interessiert.

Zwar hat Russland mit seinem »Paradigmen-Wechsel« gegenüber den europäischen GUS-Mitgliedern, konkret mit der Abkehr von der Subventionierung der energieintensiven ukrainischen Industrie durch konzessive Energiepreise, die Ukraine so gut wie aus seinem »Nahen Ausland« entlassen und sie in seiner »unprivilegierten Nachbarschaft« angesiedelt. Doch abgestoßen von der Europäischen Union wird die Ukraine unter der Einwirkung der ökonomischen Gravitation des erstarkten Russlands in dem »integrationspolitischen Vakuum« seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht wahren können. Eine »Russifizierung« strategischer Branchen der ukrainischen Wirtschaft gefährdet die politische Souveränität des Landes.

Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union – eine Fehlkonstruktion

Nach der Erweiterung der EU vom 1. Mai 2004 verschmolz die Europäische Kommission ihre »Osteuropapolitik« mit der »Euro-Mediterranen Partnerschaft« (EMP, »Barcelona-Prozess«) zu einer neuen »Europäischen Nachbarschaftspolitik« (ENP) – mit der erklärten Absicht, eine Alternative zu Artikel 49 des konsolidierten EU-Vertrages zu schaffen, der allen »europäischen Staaten« das Recht einräumt, »einen Antrag auf Mitgliedschaft« zu stellen. Zwar betreibt die EU die Integration der Ukraine in ihren Rechtsraum, doch durch die Ansiedelung der Ukraine in der »Nachbarschaft« – auf einer Stufe mit den transmediterranen »Nachbarn« in Nordafrika und im Nahen Osten – verweigert sie diesem europäischen Land nach wie vor die Aussicht auf Mitgliedschaft. Selbst den Status einer »assoziierten Mitgliedschaft«, den die EU den außereuropäischen EMP-Ländern gewährte, verweigert sie der europäischen Ukraine.

Der Grund für die Ausgrenzung der Ukraine aus dem europäischen Integrationsprozess liegt in der (unausgesprochenen) Anerkennung des Moskauer Anspruchs auf die Zugehörigkeit der ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine zur russischen Interessenssphäre – sowie in der Rücksichtnahme auf die mediterranen Präzensionen Frankreichs, das durch die Aufnahme eines großen osteuropäischen Landes den »Verlust der Mitte« in der Europäischen Union befürchtet.

Deutschlands Ratsvorsitz in der EU im ersten Halbjahr 2007 hat an Berlins ablehnender Haltung in der Frage eines eventuellen EU-Beitritts der Ukraine nichts geändert. Das Auswärtige Amt entwickelte lediglich eine »Nachbarschaftspolitik plus«, mit der *expressis verbis* verhindert werden soll, dass »in dem Raum zwischen der EU und Russland ein integrations- und sicher-

heitspolitisches Vakuum entsteht«. Durch weitgehende – in der Tat substanzielle – Angebote an die Ukraine soll die »falsche Alternative EU-Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft« überwunden werden. In ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD auf den »Ausbau einer ambitionierten und differenzierten Nachbarschaftspolitik der EU« verständigt – mit dem Ziel, die europäische Nachbarschaftspolitik »zu einer dauerhaften Alternative zum Beitritt aufzuwerten und für die nächsten Jahre weitere Anträge auf Mitgliedschaft zu verhindern«.

Die Ukraine ist (neben den Sonderfällen Moldawien mit seinem realen Sezessionsproblem und Weißrussland in seiner virtuellen Union mit Russland, die beide eine bilaterale Herangehensweise erfordern) der einzige noch verbliebene »europäische Staat«, der – nach dem (in Thessaloniki im Jahre 2003 beschlossenen) anstehenden Beitritt der Staaten des westlichen Balkans – für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach Artikel 49 EUV in Frage kommt. Logisch wäre eine »Osteuropa-Politik«, die die Ukraine aus der ENP herauslöste und in das neue, »erweiterte« Abkommen mit ihr eine »europäische Perspektive«, d. h., die Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU, einbaute.

Mit ihrem – erst ein Dutzend Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion – erwachten Interesse an den ehemaligen Sowjetrepubliken und heutigen GUS-Mitgliedsländern tangiert die EU direkt die – legitimen – Interessen Russlands. Trotz der Ökonomisierung der russischen »Nachbarschaftspolitik« kann es in Zukunft über die Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit der Ukraine zu einer erneuten Konfrontation (wie im Jahre 2004) zwischen Brüssel und Moskau kommen. Nicht ausgeschlossen ist aber auch ein Interessen-Ausgleich zwischen der EU und Russland, der allerdings nicht darauf beruhen kann, dass die Zwischenlage der Ukraine fortbesteht. Wenn der Ausgleich der Interessen nicht ein Pro-

visorium bleiben oder den potenziellen Konflikt nur einfrieren soll, dann muss durch ihn die ukrainisch-russische Grenze als endgültige Ostgrenze der Europäischen Union festgelegt werden.

Da ein kooperatives Verhältnis zu Russland für die Sicherheit der Europäischen Union von essenzieller Bedeutung ist, muss sie die institutionelle Integration der Ukraine so gestalten, dass darin ein gewichtiger Vorteil für Russland liegt. Eine minimale Voraussetzung dafür ist, dass die vielfältigen Beziehungen Russlands zur Ukraine nach deren EU-Beitritt nicht nur erhalten bleiben, sondern durch ihn noch intensiviert werden. Der Schlüssel zur Akzeptanz der Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union seitens Moskaus aber ist eine symmetrische Beteiligung Russlands am Aufbau *gesamt*-europäischer Strukturen in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit, also Russlands »Verflechtung« mit der EU im Sinne der »neuen deutschen Ostpolitik« des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier.

Komplexes Verhältnis zu Russland

Das komplexe Verhältnis der Ukraine zu Russland lässt sich simplifizierend mit dem Wunsch nach Unabhängigkeit von Moskau bei andauernder Verbundenheit mit Russland beschreiben. Diese historische und kulturelle Verbundenheit der Ukraine mit Russland – auch wenn sie in hohem Maße ambivalent ist – kommt in der Ablehnung des Beitritts der Ukraine zur NATO durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck, deren erneute Osterweiterung als eine gegen Russland gerichtete geostrategische Initiative der USA wahrgenommen wird.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für die Ukraine von essenziellem Interesse – die Mitgliedschaft in der NATO ist es nicht. Die Ukraine wird

von Russland nicht militärisch bedroht und gegen die ökonomische Penetration der ukrainischen Wirtschaft durch russisches Kapital – in Komplizität mit ukrainischen Magnaten – schützt die NATO nicht.

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich der militärische Charakter der NATO nicht gewandelt. Geändert hat sich ihre *raison d'être*: Unter dem Vorwand der Stabilisierung von realen (Balkan) und imaginären (Baltikum und u.a. Polen) Konfliktregionen in Europa dient sie den USA zur Sicherung ihrer Hegemonie über Europa und zur Verhinderung des Aufbaus eigenständiger Kapazitäten der Europäischen Union im Rahmen einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP). Durch die Instrumentalisierung der historisch begründeten – und emotional nachwirkenden – Vorbehalte der neuen, ostmitteleuropäischen Mitglieder der EU gegenüber Russland, verhindern die USA den Aufbau einer *gesamt*-europäischen Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft, welche die Sicherheit der Mitgliedsländer der Europäischen Union durch die NATO optimal ergänzen würde.

EU: JA! – NATO: NEIN!

Die »Europa-Politik« der USA ist auf die Schwächung der Einheit der Europäischen Union ausgerichtet. Die von den USA einseitig beschlossene, mit Polen und Tschechien bilateral vereinbarte, mit den europäischen NATO-Partnern aber nicht abgesprochene Installation von Teilen des »nationalen« – alle 50 Staaten der USA umfassenden – amerikanischen Raketen-Abwehr-Systems (*National Missile Defense*/NMD) auf dem Territorium der EU ist dafür ein eklatanter Beweis. Das NMD-System in Polen und in Tschechien ist potenziell militärisch auf die Russländische Föderation ausrichtbar; politisch aktuell ist es

gegen die Einheit der Europäischen Union gerichtet.

Die von Washington betriebene Aufnahme der Ukraine in die NATO dient nicht der Sicherheit der Ukraine, sondern der Ausweitung der militärischen Präsenz der USA in Europa.

Die von den USA inspirierte NATO-Politik der Ukraine ist eine völlig überflüssige Herausforderung Russlands, auch wenn Präsident Putins Warnung vor den Konsequenzen eines NATO-Beitritts der Ukraine, die er auf seiner Pressekonferenz am 12. Februar 2008 äußerte, nicht so ernst gemeint wäre, wie sie klang (»Raketen auf amerikanische NMD-Stellungen in der Ukraine«, *Ukrainska Pravda*, 12.02.2008). Die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine liegt nicht im Interesse der Europäischen Union. In allen Dokumenten ihrer Ukraine-Politik betont die EU, dass sie gute Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland für höchst wichtig hält. Und der politische und ökonomische Reformprozess, den die Ukraine bis zu ihrer »EU-Reife« fortsetzen muss, wie auch die Internalisierung der »europäischen Werte« durch die ukrainische politische Klasse, bedürfen keiner Duplizierung durch eine Vorbereitung auf eine Mitgliedschaft in der NATO.

Die Befürworter der »amerikanischen Osterweiterung« in Europa unter den neuen Mitgliedern der EU fungieren faktisch als Lobbyisten amerikanischer hegemonialer Interessen in Europa. Und der forcierte »atlantische Integrationskurs« des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko senkt eher die Aufnahmebereitschaft der Europäischen Union – konkret der »alten« EU-Mitglieder – als dass sie diese fördert. Auf eine kurze Formel gebracht heißt dieser Ansatz: EU: JA! – NATO: NEIN!

Aus ihrer Lage in »Zwischeneuropa« erwächst der Ukraine eine europäische Funktion. Ihre historischen, kulturellen und familiären Bindungen an Russland prädestinieren die Ukraine dazu, nicht nur die Bildung einer politischen Wasser-

scheide quer durch die Mitte Europas zu verhindern, sondern eine breite Schnittmenge, ein engmaschiges Beziehungsgeflecht zwischen der Europäischen Union und Russland herzustellen. Um dieser »europäischen Funktion« gerecht werden zu können, braucht die Ukraine Rückhalt in einer verlässlichen Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU. Eine von Russland absorbierte Ukraine könnte diese Aufgabe nicht erfüllen. Dabei geht es nicht um eine baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Es geht darum, dass die EU ihre grundsätzliche Aufnahmebereitschaft erklärt – und dies durch die Assoziierung der Ukraine bekräftigt.

Sowohl im Rahmen des neuen, »vertieften« Abkommens mit der Ukraine als auch im anvisierten neuen Abkommen mit Russland wird jeweils ein Freihand-

delsabkommen mit der EU ins Auge gefasst. Die beiden neuen »Grundlagenverträge« implizieren in ihrer Kombination die Schaffung eines »Größeren Europäischen Wirtschaftsraumes«. Ein »G-EWR« brächte die Idee eines »Größeren Europas« – das die Europäische Union und die Russländische Föderation umfasst – ihrer Realisierung näher. Damit wäre für den Aufbau gesamteuropäischer institutioneller Strukturen ein »materielles« Fundament gelegt. Auf der Basis gemeinsamer Interessen ist die wünschenswerte normative Annäherung Russlands – des »anderen Europas« – an die Europäische Union eher zu erwarten, als durch die penetrante Anmahnung von politischen »Werten«, die sich nach mehreren Generationen totalitärer Diktatur erst noch entwickeln müssen.

Henrike Libal

(Vogel)frei?

Die Pressefreiheit in Russland

Henrike Libal

(* 1984) hat an der Universität Siegen »Social Science« und »Literary, Cultural and Media Studies« studiert. Ihre Bachelor-Arbeit verfasste sie zu dem Thema »Pressefreiheit in Russland – Der Fall Anna Politkowskaja«.

HenrikeLibal@gmx.net



Der Ausgang der Präsidentschaftswahl in Russland am 2. März 2008 vermochte nicht zu überraschen: Mit großer Mehrheit der Stimmen wurde der Wunschkandidat Wladimir Putins, Dmitri Medwedew, zum neuen Staatschef gewählt. Dies geschah jedoch nicht ohne Zwischenfälle: Die Wahl wurde von vielen Protesten begleitet, es kam zu zahlreichen Verhaftungen von Oppositionellen. Diese warfen der

Regierung vor, ihnen den Zugang zu den Massenmedien – vor allem dem Leitmedium Fernsehen – erschwert zu haben. Darüber hinaus wurden zahlreiche Journalisten aus dem In- und Ausland Opfer von tätlichen Übergriffen.

Um die heutige Lage der Medien in Russland nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit unerlässlich. Die Krankengeschichte des Patienten Pressefreiheit ist lang und von vielen Rückschlägen gezeichnet. Bereits im 19. Jahrhundert verstanden es die russischen Zaren, die Medien für ihre Zwecke zu nutzen. Lenin definierte bereits 1901 in seiner Pressetheorie die Funktion der Presse als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator. Dieses Dogma sollte die russische Presse für Jahrzehnte prägen. Noch